

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Rebaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Norddeutscher Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Aktion des Zentrums.

Suche nach einem neuen Fürstenkompromiß. - Verzögerung der Entscheidung.

Heute nachmittag wird im Reichstag die erste Lesung des Fürsteneignungsgesetzes fortgeführt, und als erster wird Genosse Saenger das Wort ergreifen. In der sich unmittelbar anschließenden zweiten Lesung werden dann auch die Anträge des Zentrums und der Demokraten mit zur Debatte gestellt werden.

Man muß also mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß die ganze Materie noch einmal an den Ausschuss verwiesen wird. Von einem Volksentscheid schon am 30. Mai, von dem in einigen Zeitungen gesprochen wird, könnte dann kaum noch die Rede sein; man müßte mit einer Verzögerung um acht bis vierzehn Tage mindestens rechnen.

Sollten zwei Entwürfe dem Volk vorgelegt werden müssen, so müßte noch die Frage geklärt werden, ob man für beide Entwürfe stimmen kann, ohne daß der Stimmzettel ungültig wird, oder ob nur das Stimmen für den einen oder den anderen Entwurf zulässig ist.

Wenn auch das Zentrum voraussichtlich die Ausschussberatung durchsetzen kann, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß dabei etwas Positives herauskommt. Und dann ergibt sich eine weitere verfassungsrechtliche Frage: Bedarf ein neuer Entwurf, seinen verfassungsändernden Charakter vorausgesetzt, der Zweidrittelmehrheit im Reichstag, um mit zum Volksentscheid gestellt zu werden, oder genügt die einfache Mehrheit. Das Gesetz über den Volksentscheid sagt, daß ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz mit zur Volksabstimmung zu stellen ist. Mit einfacher Mehrheit kann aber der Reichstag

ein Gesetz, das verfassungsändernd ist, nicht beschließen.

Der Entwurf des Zentrums ist offenbar von der doppelten Absicht diktiert, wenn möglich einen Reichstagsbeschluss zustandezubringen, auf alle Fälle aber der Partei für den bevorstehenden Kampf um den Volksentscheid eine programmatische Plattform zu schaffen. Daß die gestern von Herrn Schulte verlesene Erklärung dazu nicht genügt, hat man im Zentrum wohl rasch begriffen. Ist es übrigens richtig, daß diese Erklärung nur ein Schatten ist, den ein großes Ereignis vorauswirft? Ist es richtig, daß innerhalb und außerhalb Deutschlands katholische Adelskreise am Werke sind, um eine offizielle Einmischung der Kirche zugunsten der entthronten Fürstenfamilien herbeizuführen?

Sollten solche Absichten bestehen, so könnte die Vortage, die schon von der Fraktionserklärung des Zentrums hervorgerufen wurde, als Warnung dienen. Man wird sich in allen Kreisen des Volkes mit dieser Erklärung noch lebhaft beschäftigen und zugleich mit der Frage, wen der Vorwurf der "Begehrlichkeit" trifft, das hungernde Volk oder die Fürsten, und wo das vom Zentrum herbeizitierte Christentum in diesem Streit Partei nehmen müßte.

Man sieht: wenn der Kampf durch die Aktion des Zentrums auch verlängert werden sollte, so wird er dadurch an Schärfe nicht verlieren.

Köln, 29. April. (Eigener Drahtbericht.) Die "Kölnische Volkszeitung" richtet am Donnerstag morgen heftige Angriffe gegen Reichsregierung und Reichstanzler, weil von dieser Seite bisher nichts getan worden sei, um in der Fürstenabfindungsangelegenheit die Initiative zu ergreifen. Wörtlich schreibt das Blatt: "Es muß festgestellt werden, daß die Reichsregierung und vor allem der Reichstanzler in unbegreiflicher Weise sich von jeder Initiative ferngehalten haben. Man wird es für sehr zweifelhaft halten, ob es zu diesem jetzigen Plakato gekommen wäre, wenn vor allem der Führer der Reichsgeschäfte rechtzeitig mit eigener Initiative eingegriffen hätte. Nachdem die Dinge so verlaufen sind, können die Parteien nicht mehr warten."

Das Blatt begrüßt dann den Entwurf der Zentrumsfraktion und rechnet zuversichtlich damit, daß sich dem Gesetzentwurf des Zentrums auch die Demokraten anschließen.

Menschenfalle Kummelsburg.

Unzulängliche Sicherheitsvorrichtungen.

Draußen im Osten, unweit der Spree, erhebt sich an der Köpenicker Landstraße in Kummelsburg, abseits von dem Häusermeer der Großstadt, der gigantische Bau des Großkraftwerks Kummelsburg. Im vorigen Jahre haben die Berliner städtischen Körperschaften nach monatelangen Beratungen sich dazu entschlossen, mit einem Kostenaufwand von nicht weniger als 60 Millionen diesen Bau zu errichten, um die gefährdete Stromversorgung Berlins endlich sicherzustellen. Das Großkraftwerk Kummelsburg wird der größte Bau seiner Art in Europa sein. Die Maschineneinheiten, die dort zur Kraftzeugung verwendet werden sollen, werden die ungeheure Leistungsfähigkeit von je 75 000 Kilowatt besitzen. Der Bau selbst ist ein Terminbau. Nach den Erfahrungen des letzten Winters mit den ständigen Unterbrechungen der Stromversorgung, den dadurch bedingten starken Verkehrsstörungen und Hemmungen im Wirtschaftsleben soll das Kraftwerk im Oktober dieses Jahres wenigstens so weit fertiggestellt sein, daß eine Turbine in Betrieb genommen werden kann. Dieses Programm bedingt eine starke Eile und konzentrierte Arbeit. Freilich hat Deutschland schon einmal einen ähnlichen Riesenbau in noch viel kürzerer Zeit aus der Erde wachsen sehen: das Großkraftwerk Golpa-Tschornewitz ist während des Krieges in acht Monaten entstanden, während für den Bau von Kummelsburg immerhin über ein Jahr zur Verfügung steht. Die Bauzeit hätte noch weiter ausgedehnt werden können, wenn nicht im vorigen Jahre in der Berliner Stadtverordnetenversammlung wertvolle Monate dank des eigenartigen Widerstandes bestimmter Kreise vertrieben worden wären.

Es waltet ein furchtbarer Unstern über dieser großen neuen Schöpfung der modernen technischen Entwicklung. Nachdem monatelang die Arbeit auf dieser Baustelle, die in ihrem Umfang einem Stadtgebiet für sich gleichkommt, ohne jeden Unfall verlaufen ist, haben sich in den letzten Wochen die Unglücksfälle von Tag zu Tag in erschreckender Weise gehäuft. Der "Vorwärts" hat schon seit langem auf diese Zustände hingewiesen. In der vorigen Woche gaben wir einen Bericht wieder, wonach seit Beginn des Baues nicht weniger als 450 Unfälle zu verzeichnen gewesen sind. Die schweren Katastrophen der letzten Tage werden jetzt endlich auch die Öffentlichkeit ausgerüttelt haben und die Stimmung erzeugen, die offenbar notwendig ist, um endlich Maßnahmen gegen die Wiederholung dieser furchtbaren Unglücksfälle zu erzwingen.

Dabei wissen wir wohl, daß der gewaltige technische Aufstieg niemals ohne Opfer möglich ist. Die ungeheure Größe der Aufgaben schafft hier, wie in anderen ähnlichen Fällen, Verhältnisse, denen der Mensch nicht von vornherein gewachsen ist. Der Bauplatz allein ist eine Stadt für sich. Hier arbeiten nicht zwanzig, dreißig Menschen, wie an einem gewöhnlichen Häuserbau, hier schaffen Tausende und Aber-tausende fleißiger Hände in ununterbrochener Arbeit Tag und Nacht. Hier sind allein weit über 100 Firmen an der Durchführung der verschiedensten Aufträge tätig. All das erhöht natürlich die Gefahrenmomente, die bei jeder Bauarbeit an sich schon groß genug sind. Die Frage, die durch die Unglücksfälle aufgeworfen ist, ist aber die, ob wirklich alles geschehen ist, was zu ihrer Verhütung geschehen kann und geschehen muß.

Ganz abgesehen von den Ursachen der gestrigen Katastrophe, die möglicherweise besonderer Art gewesen sind, muß verneint werden, daß bei diesem Bau die nötige Vorsicht und Sorgfalt obwaltet. Wenn in drei Schichten Tag und Nacht gearbeitet werden muß, so wird die Densität dafür Verständnis haben. Niemand wird aber verstehen, warum bei einem 60-Millionen-Bau während der Nachtarbeit nicht für ausreichende Beleuchtung gesorgt wird. Die städtischen Elektrizitätswerte müssen technisch dazu durchaus in der Lage sein, und die Kosten können nicht die geringste Rolle spielen.

Viel katastrophaler wirken aber die Arbeitsverhältnisse bei den verschiedenen am Bau beteiligten Firmen. Unter der Peitsche drohender Erwerbslosigkeit herrscht ein Antreibersystem schlimmster Art. Ueberarbeitung durch zehn, elf, sogar zwölf Stunden Arbeit führt zu einer Ermüdung, die ganz naturgemäß ein Nachlassen der erforderlichen Vorsicht zur Folge hat. Wenn immer wieder von Unternehmerseite betont wird, daß die Arbeiter selber an Unglücksfällen schuld seien, so klingt das angesichts der wirklichen Ursachen wie eine Verhöhnung. Wer acht und zehn Stunden in schwindelnder Höhe jeden Augenblick in Lebensgefahr die schwierigsten Arbeiten verrichten muß, kann unmöglich bis zum letzten Ende so widerstandsfähig und frisch sein, daß er in jedem Moment allen Gefahren gewachsen ist. Dazu kommt, daß die ungeheure Eisentkonstruktion, die das Gerippe des künftigen Kraftwerkes darstellt, ohne jede Gerüsticherung aufgestellt und montiert wird. Der bloße Anblick der Arbeit auf diesen über 50 Meter hohen Gerüsten ist schwindelerregend. Erst jetzt wird davon gesprochen, daß man die dort beschäftigten Arbeiter durch besondere Vorrichtungen sichern will. Diese Vorrichtungen werden wahrscheinlich eingebaut sein, wenn die eigentliche gefährliche Arbeit der Errichtung der Eisentkonstruktion zu Ende ist.

Daß die Verhältnisse bei dem Neubau nicht einwandfrei sind, geht mit voller Deutlichkeit auch aus den Erklä-

Preußen und die "DAZ".

Merkwürdige Kreditvermittlung.

Nach dem Bruch des Stinnes-Konzerns war auch die "Deutsche Allgemeine Zeitung", die Hugo Stinnes in seinen Besitz gebracht hatte, gewissermaßen ein käufliches Besitzobjekt geworden. Sie wurde von der Gesellschaft Salinger-Weber angekauft. Der preussische Staat wiederum kaufte die "Norddeutsche Buchdruckerei" und deren Gebäude in der Wilhelmstraße, da die Druckerei den "Reichs- und Staatsanzeiger" herstellt und der preussische Staat ein Interesse an der Druckerei seines Amtsblattes hatte.

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung", die gleichfalls in dieser Druckerei hergestellt wird, hat der preussische Staat nicht erworben, zumal die Regierung die Absicht hat, ein offizielles Blatt herauszugeben. Nun hört man aber, daß Salinger-Weber das Geld zum Ankauf der Zeitung durch Vermittlung oder wenigstens mit Billigung der preussischen Staatsregierung von der Seehandlung (Staatsbank) zu ungewöhnlich günstigen Bedingungen, die der preussische Finanzminister ausdrücklich gebilligt hatte, bekommen hat; Salinger-Weber sollen das Geld fast oder ganz zinslos und auch zu sehr günstigen Rückzahlungsbedingungen erhalten haben. Die Druckerei selbst, der auch das Gebäude gehört, ist jetzt als Gesellschaft organisiert worden, deren Aktien vollkommen im Besitz des Staates sind.

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" gehört nach wie vor zu jenen Blättern, die die gegenwärtige preussische Staatsregierung sehr scharf und keineswegs immer loyal bekämpfen. Man muß sich unter diesen Umständen wundern, daß Preußen dem Konzern Salinger-Weber das Geld zum Ankauf einer regierungsfreundlichen Zeitung zu außergewöhnlich günstigen Bedingungen von der Staatsbank verschafft hat.

Der Fall des Pfarrers Hell.

Prozeß gegen "Lachen links".

Der im Mai 1919 begangene Mord an den zwölf sozialdemokratischen Arbeitern von Verlach bei München ist bis zur Stunde noch ungeklärt. Das Schwurgericht München sprach in seinem Urteil vom Januar d. J. aus, daß die Erschießung der Leute zu Unrecht erfolgt sei, sprach jedoch die beiden Angeklagten Bäßing und Prüfert frei, da ihnen das Bewußtsein der Rechtsmüdigkeit ihres Handelns gefehlt habe. Das Urteil des Schwurgerichts München unterliegt zurzeit der Revision beim Reichsgericht. In der Öffentlichkeit hatte der Spruch des Münchener Schwurgerichts tiefgehende Erregung ausgelöst, zumal das Verhalten des evangelischen Pfarrers Hell in der Verlach Affäre außerst befremdlich erschienen mußte. "Lachen links" hatte, nachdem das Urteil im Schwurgerichtsprozeß gefällt war, den Pfarrer Hell in einer Karikatur angegriffen, deren Text lautete: "Was, schließen Sie! Immer feste umlegen! Das sind die Schweine, die das Christentum

verwirklichen wollen!" Daraufhin hatte der Pfarrer Hell gegen den verantwortlichen Redakteur des Blattes, Genossen Friedrich Wendel, Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Herr Pfarrer Hell hatte aber auch den Geschmack besessen, eine Frau Keil, die Witwe eines der Erschossenen, wegen Verkaufs der betreffenden "Lachen links"-Nummer zu verklagen.

Die Verhandlung in diesem Beleidigungsprozeß wurde am 27. April vor dem Strafgericht München aufgenommen. Genosse Wendel erklärte mit Nachdruck, er habe durch die Karikatur und ihren Text das empörend unchristliche Verhalten des Geistlichen charakterisieren und geißeln wollen. Im Laufe der Verhandlung entschied der Richter, Amtsgerichtsdirektor Frank, für eine Aussetzung des Verfahrens. Die Aussetzung war nötig aus verschiedenen Gründen. So hatte das Gericht als Beweismittel für die Schuld der Angeklagten das erwähnte Schwurgerichtsurteil angesehen, also ein Urteil, das, da es der Revision unterliegt, überhaupt noch keine Rechtskraft besitzt. Die Aussetzung des Verfahrens war aber auch durch einen umfangreichen Beweisantrag geboten, die die Anwältin der Beklagten, Otto Landsberg-Berlin und Dr. Löwenell-München, hinsichtlich eines schuldhaften Verhaltens des Pfarrers Hell in der Verlach Affäre stellten. Es soll unter Beweis gestellt werden, daß der Pfarrer Hell sich strafbar gemacht habe, indem er es unterließ, den Behörden von der bevorstehenden Verübung eines Verbrechens Mitteilung zu machen.

Natürlich würde in solches schuldhaftes Verhalten des Pfarrers Hell bestimmte Rückwirkungen hinsichtlich der Entschädigung der 12 Witwen und 52 Waisen von Verlach haben. So hat auch das Reichsfinanzamt, das Renten an die Hinterbliebenen der unschuldig Erschossenen zahlen muß, allen Grund, der neuen Entwicklung der Verlach Nordoffäre erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen.

Maisfeierverbot in Mussolinien.

Rom, 29. April. (CP.) Die italienischen Sozialisten haben trotz aller Verbote dieses Jahr das Abhalten von Maisfeiern geplant. Das Rundschreiben ihrer Parteileitung an die Sektionen war jedoch in die Hände der Faschisten gekommen, die die Polizei zu scharfen Maßnahmen zur Bechinderung jeder öffentlichen Maisfeier veranlaßten.

Finanzvereinigung in Paris. Der französische Haushaltsplan für 1926 ist in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag endgültig verabschiedet worden, nachdem zwischen Kammer und Senat eine Einigung in sämtlichen strittigen Punkten erzielt worden ist. Der Haushaltsplan veranschlagt die Einnahmen auf 37 490 Millionen Franken und die Ausgaben auf 37 328 Millionen Franken, so daß sich ein rechnerischer Einnahmehüberschuß von 160 Millionen Franken ergibt. Das Parlament ist bis zum 26. Mai in die Ferien gegangen.

rungen der Bauleitung selber hervor. Wenn man versteht, daß Sicherungsmaßnahmen getroffen werden sollen, dann bestätigt man damit indirekt die nicht mehr zu leugnende Tatsache, daß sie bisher gefehlt haben. Sie können nur gefehlt haben, weil die bauausführenden Firmen in unverantwortlicher Weise sich für die Sicherheit ihrer Arbeiter nicht interessiert haben. Sicherheitsmaßnahmen kosten Geld, und der Neubau in Rummelsburg ist für diese Leute dazu da, daß sie Geld verdienen. Die Verantwortung dafür trifft aber die Bauleitung, trifft die Leitung der städtischen Elektrizitätswerke, die Bauaufträge vergeben, und trifft die städtische Baupolizei, die die Verpflichtung gehabt hätte, gerade bei diesem Bau auf besondere Vorsicht und Aufmerksamkeit zu drängen.

Die Toten der beiden gestrigen Katastrophen werden nicht wieder zum Leben erweckt, aber sie sind eine furchtbare Mahnung an alle, die es angeht, jetzt wenigstens mit äußerster Energie jede, aber auch jede Maßnahme zu treffen, damit das Menschenmögliche geschieht, um die Wiederkehr solcher Unglücksfälle zu verhindern. Zweifelslos wird die Berliner Stadtverordnetenversammlung sich in ihrer heutigen Sitzung mit den Vorgängen beschäftigen. Sie wird sich nicht damit zufrieden geben können, daß die üblichen beruhigenden Erklärungen abgegeben werden. Sie wird dafür sorgen müssen, daß alle notwendigen Maßnahmen auch wirklich durchgeführt werden, und sie wird die Durchführung überwachen müssen. Wir wollen nicht, daß Verantwortungslosigkeit und kapitalistische Untreue und Ausbeutungsmethoden noch mehr Menschenleben fordern. Die Zeit ist vorbei, die man die „große“ nannte, in der Menschenleben nichts galt.

Mecklenburger Wahlgespräche.

„Weiße Juden“ und „Brunnenvergifter.“

In Mecklenburg haben sich deutschnationale und völkische in den Haaren, die „nationale“ Regierung Brandenstein ist gestürzt, und ein Wahlkampf bereitet sich vor, in dem allerdings liebliche Wahrheiten an den Tag kommen werden. Einen Vorgeschmack des Kommenden gibt ein Aufsatz des früher auch einmal deutschnational gewesenen Herrn v. Graefe im „Deutschen Tageblatt“ gegen den deutschnationalen Parteiführer Dr. Knebusch und seinen Anhang. Da heißt es:

Daß das parlamentarische System mit seiner Herrschaft der Zahl zu demagogischer Unvorsichtigkeit zwecks Stimmengewinn verführt, liegt auf der Hand, und eben darum gibt es ja der verdurten Demokratie entschieden bessere Chancen, weil der spekulierende Geschäftssinn dieser Kreise die Hemmungen weniger kennt und achtet, die dem „ehelichen Kaufmann“ selbstverständlich sind. Daß aber deutschnationale Minister und deutschnationale Parteiführer dieser gleichen Versuchung derart erliegen, daß sie offensichtlich zur plumpsten Wahlmacht, die einfachsten Wahrheiten in ihr krafftestes Gegenteil umfälschen: das scheint mir, wenigstens in diesen Ausmaßen, eine neue Erscheinung zu sein, die in bedauerlichster Weise beweist, wie weit die politische Moral bereits vergiftet ist, und wie verheerend der jüdische Geist in der „parlamentarischen Branche“ Schule gemacht hat. Das Wort von den „weißen Juden“ gewinnt in verhängnisvollerem Maße Bedeutung.

Ferner liest man von dem „Giftgaskampf“ eines „landwirtschaftsfeindlichen Landbundorgans“ — des „Kostoder Anzeigers“ — und von „politischen Brunnenvergiftungen“, denen „in ihr unfauberer Handwerk hineingeleuchtet“ werden müsse.

Es scheint das Schicksal jeder „nationalen“ Regierung in Deutschland zu sein, daß sie mit einer Kasperle-Komödie endet. Wenn irgendein Land von der „roten Judenherrenschaft“ gründlich befreit zu sein schien, dann war es das glückliche Mecklenburg. Wenn irgendeine Regierung in nationaler Reinheit glänzte, dann war es die Regierung Brandenstein. Jetzt aber

erfährt man, daß Mecklenburg in dieser seiner vermeintlichen Glanzzeit auch nur von „weißen Juden“ regiert worden ist und von „Brunnenvergiftungen“ dazu!

Schnapsinteressenten und Monopol.

Die Ursache der geringen Rentabilität.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstags über die Verhältnisse in der Branntweinmonopolverwaltung, der in einer früheren Sitzung einen Bericht des Abg. Diez (3.) über die Organisation der Branntweinmonopolverwaltung entgegengenommen hatte, beschäftigte sich am Donnerstag mit der Tätigkeit des Beirats der Monopolverwaltung. Das Referat erstattete Abg. Eggerstedt (Soz.). Er stellte zunächst fest, daß der Beirat sehr weitgehende Befugnisse habe. Ihm obliege die Festsetzung des Brennrechts wie auch die Festsetzung der Verkaufs- und Verkaufspreise. Die Zusammenfassung des Beirats sei daher von größter Bedeutung, besonders, da auch von den Reichstagsmitgliedern mehrere, so Dietrich-Brenzlau (Dnat.) und Schulz-Gahmen (3.) direkte Interessenten seien. In einer Denkschrift des Vorjahres habe der Minister Schlieben festgestellt, daß ein großer Teil der Beiratsmitglieder eine Stellung eingenommen habe, die „offensichtlich den berechtigten Interessen der Monopolverwaltung widersprach“. In dieser Denkschrift heiße es ferner:

„Besonders bedenklich ist es, wenn die Vertreter der Brenner und der Branntweinabnehmer für die Abstimmung im Beirat über die Uebernahme- und Verkaufspreise gewisse Vereinbarungen über gegenseitige Unterstützung gegenüber den Anträgen der Monopolverwaltung treffen... Ein Monopol, das unter solchen Bedingungen zu arbeiten gezwungen ist, kann kaum noch als Monopol bezeichnet werden.“

Eggerstedt belegt dies durch ein Zitat aus der „Destillateur-Zeitung“, in deren Nr. 129 vom 25. Oktober 1925 es heißt:

„Es ist bekannt, daß sich die am Branntweinmonopol interessierten Gewerbe zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen haben, welche ein Einvernehmen über die Behandlung der Preisfragen während einer Beiratssitzung zum Ziel hat.“

In Hand der Niederschriften der Beiratssitzungen stellte Eggerstedt fest, daß in vielen Fällen die Interessenten im Beirat das Brennrecht höher und die Preise für das Monopol ungünstiger festgesetzt haben, als die Monopolverwaltung es vorgeschlagen hatte. So ist z. B. am 20. Oktober 1924 von der Verwaltung angelehnt der große Bestand ein Brennrecht von 50 bis 55 Proz. vorgeschlagen worden. Die Brenner schlugen 70 Proz. vor. Der Beschluß lautete auf 70 Proz. Der Grundpreis war von der Monopolverwaltung auf 40 M. vorgeschlagen worden. Beschlossen wurde 50 M. Am 19. Oktober 1925 war von der Verwaltung ein Grundpreis von 42 M. vorgeschlagen worden. Die Brenner verlangten 70 M. Beschlossen wurde 60 M. Bei der Festsetzung der Verkaufspreise ergab sich das umgekehrte Bild. Die Verwaltung schlug für vergällten Spirit 90 M. vor. Das Gewerbe verlangte 60 M., was der Präsident als „Verschleuderung“ der Bestände bezeichnete, „die zum Zusammenbruch“ des Monopols führen müsse. Beschlossen wurde 80 M., trotzdem der Präsident nochmals erklärte, daß er diesem Vorschlag mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage nicht zustimmen könne. In der Sitzung vom 19. Dezember machte die Monopolverwaltung den Versuch, den in der Sitzung vom 19. Oktober beschlossenen Grundpreis von 60 auf 44,40 M. herabzusetzen. Schließlich wird ein Preis von 55 M. beschlossen. In der Sitzung vom 26. März 1925 teilt die Monopolverwaltung mit, daß ihre Bestände von 1,3 Millionen Hektoliter am 1. März auf 1,7 Millionen Hektoliter am 1. Juli gestiegen sind. Um die Produktion zu droffeln, müsse man den Grundpreis auf 30 M. herabsetzen. Der Antrag wird nicht nur von den eigentlichen Interessenten, sondern auch von den Reichstagsabgeordneten Benzin (Deutsche Volkspartei), Schulz-Gahmen (Zentrum) und Dietrich-Brenzlau (deutschnational) bekämpft. Infolgedessen wird der Antrag der Monopolverwaltung abgelehnt, so daß die Riesenschnapsflut weiter steigen konnte.

Weitliches vollzog sich bei der Festsetzung der Zuschläge und der übrigen Preise. Stets wurden die Anträge der Monopolverwal-

lung von den Interessenten und den interessierten Reichstagsabgeordneten abgelehnt.

Infolgedessen sind die Beschlüsse des Beirats in den Jahren 1919 bis 1925 in 12 Fällen von der Reichsmonopolverwaltung durch Beschwerde angefochten worden. In 6 Fällen mit teilweisem oder vollem Erfolg.

Zusammenfassend stellt Eggerstedt fest, daß von einem freien kaufmännischen Arbeiten der Monopolverwaltung nicht gesprochen werden könne. Der Beirat könne gegen den Willen der Monopolverwaltung das Brennrecht festsetzen, bestimmt also ohne Rücksicht auf die Marktlage, wieweil Spirit angeliefert werde. Der Beirat könne auch die Uebernahmepreise festsetzen, ebenfalls gegen den Willen der Monopolverwaltung. Er erhöhe also ihre Ausgaben, schmälere zugleich aber die Einnahmen durch Herabsetzung der Verkaufspreise. Der Reichsrat als Einspruchsinstanz habe vollkommen versagt, zumal dann, wenn die Vertreter des Reichsrates im Beirat die gegen die Interessen der Monopolverwaltung gefassten Beschlüsse mit angenommen hätten. Eine so eingeteilte Verwaltung kann nicht arbeiten. Wenn das Monopol trotzdem noch nicht zugrunde gegangen ist, so verdanken wir das nur der Inflationszeit. Aber aus der Inflationszeit sind wir nun heraus. Jetzt müssen die Mißstände beseitigt werden, vor allem muß die Stellung des Beirats geändert werden. Entweder dadurch, daß er nur gutachtliche Ratschläge eingebracht bekommt oder dadurch, daß er die volle Verantwortung für die geschäftlichen Ergebnisse seiner Tätigkeit zu tragen hat.“

An die Entgegennahme des eindrucksvollen Berichts schloß sich eine Fragestellung, da die Aussprache mit dem noch ausstehenden Bericht über die Spiritusschiebungen verbunden werden soll. Von sozialdemokratischer Seite wird bei der Fragestellung die Verständigung der Interessenten im Beirat zur Erzielung von Sondererträgen als typischer Fall der Gruppenkorruption bezeichnet. Beschlossen wird auf Antrag der Sozialdemokraten, daß die Regierung zur nächsten Sitzung in Ergänzung des Berichtes Material vorzulegen hat, das ein Urteil darüber gestattet, welche finanziellen Auswirkungen die von den Vorschlägen der Monopolverwaltung abweichenden Beschlüsse bereits gehabt haben.

Volkblock gegen Averescu.

Bukarest, 29. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Vollausschuß hat einstimmig das Angebot der Nationalpartei auf Vereinigung der beiden Parteien angenommen. Die Führer beider Parteien haben vereinbart, daß die Vereinigung erst nach den Wahlen stattfinden solle, weil jetzt nicht genügend Zeit dazu wäre. Im Wahlkampf stellen beide Parteien eine Einheitsliste auf unter dem Wahlschild der Bauernpartei. Die Sozialdemokratische Partei, die, wie schon gemeldet, mit der Bauernpartei ein Wahlbündnis abgeschlossen hat, wird ihre Kandidaten auch auf dieser Einheitsliste aufstellen. Diesem Volkblock sind bis jetzt noch die Beamtenliga und die Liga der Kriegsinvaliden beigetreten. Sollten sich die Wahlen einigermassen frei abspielen, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Volkblock dem Regime Averescu eine schwere Niederlage bereiten wird.

Die Gegenmaßnahmen der Regierung bestehen darin, daß für die Wahlzeit einige Kontingente von Reservisten unter dem Vorwand militärischer Notwendigkeit einberufen wird. Averescu hat mit den nationalen Widerheitsparteien ein Wahlbündnis abgeschlossen, deren Unterstützung im Wahlkampf und eine bestimmte Anzahl Mandate garantiert werden. Würde man nicht wissen, daß die magyarische Widerheitspartei von ehemals siebenbürgischen Magnaten, wie Teleki und Bethlen geführt wird, die um ihre Güter bangen, wie auch die Sachsen unter der Leitung von reaktionären Industriellen stehen, so müßte man sich wundern, wie es möglich ist, daß die nationalen Widerheiten für eine reaktionäre Regierung und gegen die demokratischen Parteien, die doch bis jetzt immer für Widerheitsrechte eingetreten sind, aufstehen.

Allein die Organisation der Juden hat es abgelehnt, unter den von der Regierung gestellten Bedingungen mit ihr ein Wahlbündnis zu treffen, und daß aller Voraussicht nach diese Organisation sich vor der Opposition schlagen wird.

Die Negerlegende.

Von Richard Kainer.

Die Geschichtsverfälschung war von jeher eine der dauerhaftesten Waffen im edlen Wettstreit der Nationen. Sie durfte unbehelligt dem Antlitz der Wirklichkeit die plumpen Masken der Liederlichkeit, des Egoismus, der Selbstrechtfertigung umhängen.

Noch derber, ungeschämter, freimütiger tritt die Unwahrheit in den Dienst der Rassenfeindseligkeit. Ist die nationale Geschichtsfälschung noch Lüge, bewußte Verfälschung der Tatsachen um eines Ideals willen, so wandelt sich in der Rassenlegende die Lüge schon zum Lügenmärchen, zur wirr stammelnden Stimme des gleichen Bluts, das dumpf in Millionen Hirnen kreist. Aber nicht nur unsere Völkchen, von Hittit bis zum Ku-Klug-Klan, haben aus einem Sub aller niedrigen Instinkte, aus uralten Mythen und aus allen möglichen defakten Oskanismen eine prächtige Arierlegende zusammengebastelt. Auch die anderen mehr oder weniger geringgeschätzten Rassen tun das ihre. Am konsequentesten gehen dabei die zivilisierten Völker zu Werke, konsequent in der Art und Gründlichkeit, wie sie die Methoden der weißen Kultur übernehmen: sie haben sich eine Verherrlichungslegende der schwarzen Rasse gezimert, die sich getrost neben den prächtigsten Produkten unserer weißen Rassenideologie sehen lassen kann.

Die junge Literatur der amerikanischen Reger nimmt einen ungeheuren Aufschwung. Darunter sind Werke von höchster Genialität, die tiefe Einsichten über die Seele dieses neuen Volkes geben, das drüben aus dem Schoße einer alten Rasse und jener jungen, ihr ursprünglich fremden Kultur erstebt. Aber daneben finden sich auch Bekennnisse jenes Rassengeistes, der unter dem Begriffe der Rasse alle kulturfeindlichen Instinkte sammelt. Darunter ist ein kürzlich erschienenen Nachwort von dem ehrenwerten Magister Artium J. W. Webb, dessen Titel „Der schwarze Mann, der Vater der Zivilisation“ schon anzeigt, daß wir es hier mit einem treuen Gegenstück unserer eigenen Rassenverbohrtheit zu tun haben. Die Lächerlichkeit ist über; da wir sie bei uns selbst nicht mehr wahrnehmen, müßten wir sie bei den anderen wiederfinden. So dient dieses Bekennnis einer stolzen Regerfeste vielleicht zum Reduzenpiegel, der uns unsere eigene Frage zeigt.

Dr. Webb legt zunächst dar, daß seine Rasse nichts zu fürchten hat, und daß der weiße Mann eigentlich nur noch im Schatten ihrer fürchterlichen Stärke vegetiert. „Die schwarzen Kolonialtruppen und andere schwarze Untertanen der britischen und französischen Regierung, im Verein mit den amerikanischen schwarzen Janks verhalten den alliierten Nationen zum Siege über Deutschland und seine Verbündeten. Der schwarze Mann war das Rückgrat des Krieges.“ Aber nicht genug damit. „Als die Armeen des Kaisers zweimal vergebens auf Paris losgezogen waren, berichtete General Hindenburg dem Kaiser, daß die schwarzen Truppen das Rückgrat der alliierten Heere seien, und daß es ihremwegen unmöglich sei,

in Paris einzubringen. Darauf sagte der Kaiser: „Weil Hindenburg, mache eine standfeste Hindenburg-Linie.“ Gelagt, getan. Aber als der Kaiser erfuhr, daß ein schwarzer amerikanischer Jank ganz allein zehn deutsche Soldaten gefangen hatte und andere schwarze Janks ähnliche heroische Taten vollbrachten, wurde es zuviel für den Kaiser, und die Hindenburg-Linie begann zu wanken.“

Von diesem neugegründeten Fundament der jüngsten Geschichte tut Dr. Webb einen mächtigen Tauchsprung in die Tiefen biblischer Weisheit und revidiert die Heilswahrheit im Sinne der Regerbelange. Er weiß, daß die heute noch politisch herrschenden unauferkärten weißen Rassen wie gebannt auf die Buchstaben der Bibel starren, und die Reger von ihnen desgleichen belehrt wurden. Er kann deshalb das Regergemüt nicht mehr erheben und den weißen Mann nicht ärger tranken, als durch den wissenschaftlichen Nachweis, daß die großen Propheten, daß der psalmen singende Salomon, daß Christus selbst ein Reger gewesen sei. Die schwarze Königin von Saba hat bei dieser Untersuchung ihre Hand im Spiele. Redischerweise stützt er seine Beweisführung dabei auf das Theorem der weißen Rassenvereiner, daß eine noch so geringe und entfernte Beimischung von Regerblut das Individuum und alle seine Abkömmlinge zum Reger stempelt. Dr. Webb schließt sein Standardwerk der modernen Regerlegende mit dem erhebenden Hinweis, daß das fünfte Weltreich, wie es der schwarze Prophet Daniel vorausgesagt hat, „von einem schwarzen Mann mit wolleim Haar beherrscht werden wird.“ — „Yes“, sagt Dr. Webb, „sein Haar wird wie reine Wolle sein, und das Schaf und der Reger haben als einzige Wesen rein wolleim Haar (siehe Daniel VII, 9).“

Hoffentlich geraten unsere Rassenchafe nicht noch mehr in die Wölfe über diese niedrigen Aussichten, die übrigens G. B. Shaw in „Zurück zu Methusalem“ längst vorausgesagt hat. Aber was hat G. B. Shaw noch nicht vorausgesagt?

Die Modernisierung des Theaters.

Auf einigen Bühnen tritt jetzt bekanntlich Hamlet, Prinz von Dänemark, im Smoking oder im Gebrod auf, neben ihm Ophelia mit Bubistopf und Blättbrettlchen, wie es die Mode unserer Zeit erfordert. Das ist ein glückseliges Zeichen der beginnenden Erneuerung des Theaters, das wirklich schon ein bißchen verstaubt und antiquiert war. Das Theater trank an seinen Traditionen, und Hamlets Ueberalterung lag in seinem Sammelmännchen: mit dem Smoking und dem Gebrod kommt neues Leben über ihn. Da nun dieser Versuch der Modernisierung des grüblerischen Prinzen von Dänemark so glänzend geglückt ist, sollte man auf diesem Wege mit Bewußtheit weiter schreiten und auch andern alten Kram aus der Bühnenruhmekammer neu einkleiden oder auf neu plätten. Es eröfnet sich da unbegrenzte Möglichkeiten, und ein paar Vorschläge, die Marco Ramperti in der Züriner „Stampa“ macht, können zeigen, wie die Umarbeitung der berühmten, aber nicht mehr ganz gangbaren Bühnenhelden und Bühnenheldinnen zu erfolgen hätte. Nehmen wir z. B. Wagner: Der Draoge in den „Ritungen“ wird

mit einem Raschengewehr erledigt, und die Riesen kommen in einem Tank auf die Bühne. Im „Lohengrin“ schießt Uta von Brahm nicht mehr einen Schwänenflügel, sondern ein Periskop, denn Lohengrin erscheint im Unterseeboot. Parsifal läßt sich mit einer Rakete (ganz neu!) zum Graf schießen. Und nun ein paar andere Sachen: Salome tanzt nicht mehr den Scheitertanz, sondern Schimmy, und Johann der Läufer wird dem elektrischen Stuhl überantwortet. Der alte primitive Scheiterhaufen — das ist etwas für ein Stiftungsfest der freiwilligen Feuerwehr, aber nichts für eine moderne Kunstanstalt. König Marke fährt nach Amerika, erwirbt das Bürgerrecht und läßt sich von Volbe „wegen gegenseitiger Abneigung“ scheiden. Romeo fährt im Lift zu Juliens Balkon empor. Das Aufhören der Nacht wird den beiden Liebenden nicht mehr durch das Verstummen der Nachtigall, sondern durch das Ende der Jagdbandmusik in einem benachbarten Kabarett angezeigt. Wälsch läßt sich vom Dr. Baronow durch Einpflanzung von Affenbrüsten verjüngen; Ranon fährt im Auto davon, und Prospero im „Sturm“ bekommt einen Radioapparat, damit er sich auf seiner einsamen Insel nicht allzujahr langweilt. Dithello wird weiß, wegen Desdemona sich mit Braunolin Sommerfarbe anschminkt. Telepathie, Galicismus, Psychoanalyse, die vierte Dimension — alles sollte bei der Modernisierung des Theaters ausgenutzt werden.

Dr. Max Preis ist noch länger, schwerer Krankheit heute in Halensee gestorben. Als Feuilletonist der Wiener Schule hat er auch in Berlin vielfach Beachtung gefunden; unsere Leser hat er durch seine kleinen, formvollendeten Bilder aus dem Leben und vor allem durch seine Filmkritiken erheitert. Er gehörte zu den ersten, die die Filmkritik auf ein höheres Niveau erhoben, er hat sich auch mit der Kritik und Psychologie des Films beschäftigt. In Novellen und Skizzen und zwei Romanen („Das Rattenhaus“ und „Die winkende Gasse“) und in einem kleinen entzückenden Grillparzerbüchlein bewies er seine literarische Berührung.

Römische Funde in Köln. Bei Erdarbeiten im Kölner Sportpark wurden Reste einer römischen Siedlung freigelegt. Es soll die besterhaltene römische Gutshofanlage sein, die gefunden wurde. Der Gutshof hatte etwa 250 Meter Durchmesser, er wies ein Herrenhaus, verschiedene Badeanlagen, tiefen Keller, Speicher, Stallgebäude, Borräume u. a. auf. Im ganzen wurden acht Gebäude etwa 20 bis 25 Zentimeter unter dem Ackerboden aufgefunden. Der älteste Teil der Funde geht bis in das erste Jahrhundert n. Chr. (etwa um das Jahr 50 herum) zurück. Das freigelegte Bad weist auf eine Zeit hin, die 200 Jahre später liegt. Am besten sind die Entwässerungsanlagen erhalten. Auch eine Herdonlage mit vielen Brandspuren wurde aufgedeckt.

Verpachtung des Thalia-Theaters. Die Volkstheater-Direktion hat für die nächste Saison das Thalia-Theater übernommen.

Klebung englischer Kriegsfilme. In einer Konferenz des Allbritischen Reichstages für die Filmindustrie kam zur Sprache, daß die überlebenden Dominion einseitig die Aufnahme englischer Kriegsfilme abgelehnt haben. Darunter befinden sich die Filme „Jerkbridge“, „Iperu“ und „Die Zilland-Schlacht“.

Kritik am Berliner Vertrag.

Chamberlain studiert erst den Vertragstext.

London, 29. April. (W.B.) Im Unterhaus fragte Oberst Wedgwood (Arbeiterpartei), ob die englische Regierung sich irgendwie der Auffassung Benechs anschließe, daß die Locarno-Mächte berechtigt sind, von der deutschen Regierung zu verlangen, daß sie keine Neutralitätsverpflichtung gegenüber Rußland einget, die mit ihren künftigen Verpflichtungen aus Artikel 16 der Völkerbundscharte in Widerspruch stehen könnte. Chamberlain erwiderte, die englische Regierung habe bei der Erhebung von Vorstellungen gegenüber Deutschland wegen des deutsch-russischen Vertrages nicht im Benehmen mit einer anderen Regierung gehandelt. Wie er bereits in seiner Beantwortung einer Anfrage vom 21. April festgestellt habe, seien von der deutschen Regierung Zusicherungen gemacht worden, daß der deutsch-russische Vertrag mit der Völkerbundscharte nicht unvereinbar sein werde, und er habe den Botschafter in Berlin beauftragt, die deutsche Regierung von der großen Bedeutung in Kenntnis zu setzen, welche England diesem Punkt notwendigerweise beimesse.

Auf die weitere Frage Wedgwoods, ob Chamberlain dem Hause sagen könne, aus welchen Gründen sich die englische Regierung der Auffassung Benechs nicht anschließe, erwiderte Chamberlain: Nein. Der Text des Vertrages und des Notenwechsels liegt jetzt vor, aber ich habe noch nicht die Zeit gehabt, die Schriftstücke mit der erforderlichen Sorgfalt zu prüfen; ich möchte erst auf Grund eines eingehenden Studiums eine Meinung darüber äußern; andererseits habe ich mit Rücksicht auf die von der deutschen Regierung gemachten Zusicherungen nicht für notwendig gehalten, außer den hier erwähnten, weitere Vorstellungen zu machen, und ich wurde auch von anderer Seite nicht dazu aufgefordert.

Briand läßt den Vertrag prüfen.

Paris, 29. April. (T.L.) Briand hat den Direktor der politischen Abteilung des Quai d'Orsay Berthelot mit der Aufstellung eines Berichtes über die Prüfung des Berliner Vertrages beauftragt, der Ende der Woche vorgelegt werden und hierauf mit den in London, Rom und anderen alliierten Hauptstädten ausgearbeiteten Gutachten verglichen werden soll.

Vandervelde gegen die Politik der Gruppierungen.

Brüssel, 29. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Außenminister Vandervelde äußerte sich am Mittwoch im Haushaltsauschuß der Kammer über den deutsch-russischen Vertrag. Er erklärte, daß ein solches Abkommen unbedingt Beunruhigung verursachen und Mißtrauen hervorrufen müsse. Man könne und müsse solche Rückfälle in die Politik der Gruppierungen, der Bündnisse und des Gleichgewichts der Kräfte, die allerdings nicht nur auf der einen Seite vorlämen, bebauern, da hiermit leider die Politik der Vorkriegszeit wieder erneuert werde. Wenn der Vertrag keine anderen Bestimmungen enthalte als diejenigen, die bekanntgeworden sind, so enthalte er immerhin nichts gegen den Wortlaut und den Geist der Verträge von Locarno.

Fortgang der Weltwirtschaftsdiskussion.

Einschub dreier Unterausschüsse.

Genf, 29. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch vormittag wurde von der vorbereitenden Wirtschaftskonferenz in einer nichtöffentlichen Sitzung beschlossen, folgende drei Kommissionen von je 12 Mitgliedern einzusetzen:

1. Für Landwirtschaft, Finanzen und Spezialprobleme: a) landwirtschaftliche Fragen (Unterausschuß); b) Währungs- und Finanzfragen (entl. Unterausschuß); Stabilisierung der Währungen, Wechselkontrolle, Kreditpolitik, Kapitalnot, Steuern (insbes. Doppelbesteuerung) und Budgetkassen aller Art; c) Bevölkerungsprobleme. Mitglieder: Belloni, Martovitch, Dubois, Kengomari, Dufada, Andrade, Eggert, Shaw, Brebbia, Gilbert, Chatterjee, Short.

2. Für Industrie: a) Gesamtprüfung der Weltlage, Untersuchung über die Hauptindustrien (Monographie), Rationalisierung der Produktion, Standardisierung, Schiedsgerichtsbarkeit usw.; b) Industrieabkommen über die Produktion, die Preise, die Tarife usw. Privatmonopole, insbesondere betr. die Hauptindustrien und die Rohstoffe, Schutzfolgerungen aus den im Interesse des allgemeinen Wohles bereits erzielten Resultaten; c) Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen, Arbeitsverhältnis, Verschwendung der Lebensgestaltung. (Der deutsche Vertreter ist Lammer.)

3. Für Handel und Absatzprobleme: a) Gesamtuntersuchung über den Weltmarkt, Abhängigkeit der verschiedenen Länder vom Weltmarkt. Noch entwicklungsfähige Absatzgebiete; b) Zolltarife (Ein- und Ausfuhr); Grundzüge ihrer Aufstellung, Systeme, Freierzölle usw. Charakterisierung der Zölle: Unbeständige, Schutzzölle usw. Auswirkungen der Zölle im Innern und nach außen. Warenverzehr; c) Methoden für den Abschluß von Handelsverträgen, Aus- und Einfuhrverbote; d) andere Hindernisse für den freien internationalen Handel; e) Subventionen (direkte und indirekte), Dumping; f) staatlicher Handel; g) Transportfragen; h) Verteilungsprobleme, z. B. der Rohstoffe; i) Zwischenrisen (Provisionen, Kommissionen usw.); k) launische Loyalität (unlauteres Geschäftsgebahren), gleichmäßige Behandlung.

Die Arbeitervertreter sind wie folgt verteilt: Eggert im ersten, Joubaug im zweiten, Dubegeff im dritten Ausschuß.

Von den deutschen Vertretern gehören, neben Eggert im ersten, Lammer dem zweiten, Trendelenburg dem dritten Ausschuß an.

Als Präsident der ersten Kommission wurde der Italiener Belloni gewählt. Vorsitzender der zweiten Kommission wurde Hodac (Tschechoslowakei) und der dritten Kommission Young (Amerika).

Die Kommissionen werden voraussichtlich noch weitere Unterausschüsse bilden und einzelne Spezialfragen bestimmten Mitgliedern zur Bearbeitung überweisen; auch werden für einzelne Gebiete besondere Sachverständige zugezogen werden. Länder mit mehreren Mitgliedern werden in zwei oder allen drei Kommissionen Vertreter erhalten, wie das für Deutschland der Fall ist. Arbeitnehmervertreter sind in jeder Kommission zwei.

Die Nachmittagsitzung der Gesamtkonferenz.

Am Nachmittag wurde eine öffentliche Sitzung abgehalten, in der der Vorsitzende der Wirtschaftskonferenz Theunis noch einmal auf die Schwierigkeiten der Konferenzarbeit hinwies. Die Konferenz trete aber, wenn auch ohne Illusionen, so doch ohne ohne Stepsis an ihre Aufgabe heran. Aus den Andeutungen seiner Rede erfuhr man, daß die Konferenz auf einzelnen Gebieten auch umfassende Materialbeschaffungen zu gründlichen Studien nicht umgehen wird. Damit wird sich die Dauer der vorbereitenden Wirtschaftsbefprechungen durch mehrere Monate hinziehen und zahlreiche einzelne Tagungen abgehalten werden. Zunächst ist beabsichtigt, daß die Kommissionen bis Sonnabend ihre Arbeitspläne im einzelnen aufstellen, und dann in einer öffentlichen Sitzung der gesamten Kommissionen die jetzige Tagung geschlossen wird.

Präsident Coolidge hat das Schlußabkommen mit Italien unterzeichnet.

Die Kummelsburger Unglücksstätte.

Die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen. — Ein mißverständenes Kommando?

Die bisher aufgenommenen Ermittlungen über die Entstehungsursache des letzten Unglücks auf dem Gelände des Großkraftwerkes Kummelsburg durch den Kriminalrat Baumann des Polizeiamts Lichtenberg sind bisher noch nicht ganz abgeschlossen. Doch hat es nach den uns gemachten Mitteilungen den Anschein, als ob die Ursache tatsächlich auf ein mißverständenes Kommando zurückzuführen ist. Nach den neuesten Ermittlungen hat sich das Unglück folgendermaßen zugetragen:

Die bei dem Unglück ums Leben gekommenen und schwerverletzten Arbeiter waren mit der Montage zweier Laufschienen beschäftigt. Während eine der Schienen bereits aufmontiert war, sollte die zweite Laufschiene hochgemunden werden. In beträchtlicher Höhe schwebte bereits der 40 Tonnen schwere Laufstrahl, der an zwei Halteseilen provisorisch befestigt war. Auf ein mißverständenes Kommando des oben arbeitenden Monteurs wurde die Winde zu früh angezogen, so daß die Laufschiene ins Wanken geriet, herunterstürzte und dabei die beiden Halteseile förmlich durchschnitt. Im selben Augenblick stürzte der schwere Kran, eben halbes Dutzend, in die Tiefe und begrub die unten Beschäftigten unter seiner Last. Der Monteur, der oben arbeitete, soll kurz zuvor von oben herab über angeblich ungeschicktes Arbeiten der unten Beschäftigten geschimpft haben. Die Vermutung, daß unter den Trümmern noch weitere tote oder Verletzte begraben seien, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. Noch in der gestrigen Nacht wurden sofort an Hand der Arbeitslisten alle im Großkraftwerk Beschäftigten namentlich ausgerufen, wobei sich herausstellte, daß außer den bereits bekannten Verunglückten niemand fehlte. Die Leichen der tödlich verunglückten Arbeiter wurden von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und nach der Kummelsburger Friedhofshalle in der Bornigstraße gebracht. Das Befinden der im Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Lichtenberg liegenden beiden Schwerverletzten ist nach wie vor sehr ernst. Wie bereits oben gesagt, sind die Ermittlungen noch nicht vollständig abgeschlossen, und die Polizei ist mit der restlosen Klärung beschäftigt.

Kein Sanitätspersonal?

Der Vertreter der bauausführenden Firma, Direktor Wellmann, gab der Presse die Auskunft, daß für die nachschichtigen Sanitätspersonal amtlich Dienst versah. Nach unseren Informationen stimmt die Angabe nicht. Diese Sanitätspersonal soll erst ab Donnerstag eingeführt werden. Bis zum Mittwoch abend stand wohl in der benachbarten Sanitätsbaracke ein Sanitäter bei besonderen Fällen zur Verfügung, der Mann versah jedoch seinen besonderen Dienst. Dies ist eine Tatsache, die jedoch nicht befremdet, als die lange Serie der Unglücksfälle auf dem Großkraftwerk die zuständige Stelle, d. h. die Bauleitung, hätte klug machen müssen. Hier ist eine gründliche Untersuchung unbedingt

Der Kampf um den Mieterschutz.

Im Bürgeraal des Rathauses hatten sich die Mieterbeisitzer von Groß-Berlin zusammengefunden, um den Vortrag des Genossen Silberschmidt über die neuen Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes zu hören. Der Referent wies darauf hin, daß es eine Legende sei zu glauben, daß die Republik Schuld wäre an der Wohnungsnot. Es sei an die offiziellen Kundgebungen während des Krieges zu erinnern, in denen denjenigen, die den Boden verteidigten, ein Anteil an diesem Boden versprochen wurde. Allgemein wurde damals ein neues Boden- und Wohnrecht als natürliche Folge des Krieges in Aussicht gestellt. Auch die Weimarer Verfassung verpricht Siedlungs- und Wohnrecht. Statt dessen erfolgte schon bei Beratung des Mieterschutzgesetzes im Jahre 1923 eine starke Abschwächung der sozialen Vorlage der Regierung. Nachdem dieses Gesetz durchgebracht war, setzte eine wilde Heiße der Hausbesitzer und der ihnen nahestehenden Wirtschaftsgruppen ein, die nicht ohne Wirkung auf die Regierung blieb. Die Folge ist der neue Wohnungsentwurf des Mieterschutzgesetzes, der jetzt im Wohnungsausschuß zur Beratung steht. Böse Jungen behaupten, daß sogar schriftliche Abmachungen über merkwürdige Zusammenhänge zwischen Zollvorlage und Abbau des Mieterschutzes bestehen. Wenn auch kein direkter Beweis für diese Behauptungen zu führen ist, so besteht doch die Tatsache, daß die Hausbesitzer sich rühmen, an demselben Tage, an dem die Zollvorlage im Reichstage verabschiedet wurde, eine schriftliche Zusage nach dieser Richtung erhalten zu haben. Im Wohnungsausschuß stellen Wirtschaftspartei und Deutschnationale Anträge, die auf völlige Aufhebung des Mieterschutzes abzielen. Wir sind bei unseren Verbesserungsanträgen einzig und allein auf die Zustimmung der Kommunisten angewiesen. Zu § 1 des Entwurfs hatten die Rechtsparteien einen Antrag eingebracht, die freie Kündigung wieder einzuführen und dem Mieter ein Einspruchsrecht binnen acht Tagen zu gewähren. Der § 3 sieht die Aufhebung des Mietverhältnisses vor, wenn der Mieter mit der Zahlung der Miete einen Monat im Rückstand geblieben ist. Bei Begründung der Vorlage entschuldigte sich der Reichsarbeitsminister damit, daß diese Vorlage ausgearbeitet sei zu einer Zeit, als die Arbeitslosigkeit noch nicht so groß gewesen wäre. Die Bestimmung müsse aber aufrechterhalten werden, weil gegen böswillige Zahler ein ethisches Zwangsmittel vorhanden sein muß. Da aber böswillige Zahler nur in verschwindend kleiner Zahl vorhanden sind, ist unseres Erachtens diese Maßnahme nicht gerechtfertigt. Ferner enthält der Entwurf eine Bestimmung, nach welcher Erhöhrung nur bei öffentlichem Interesse gestellt werden müsse. Es ist bezeichnend, daß selbst die bayerische Regierung diesem Passus nicht zustimmt und zwar, wie sie ausführte, im Interesse der Gemeinden, die bei Obdachlosigkeit eingereisen müßten. Von Regierungsseite wurde darauf hingewiesen, daß der jetzt für Wohnbauzwecke zur Verfügung gestellte 200-Millionen-Fonds für Behelssbauten verwendet werden sollte mit einer Lebensdauer von 30 Jahren. Bis diese Behelssbauten aber fertig sind, kann bei Aufrechterhaltung der Regierungsbestimmungen die Obdachlosigkeit ins Endlose wachsen. Die Größe der Gefahr, die in diesem unsozialen Abbau des Mieterschutzes liegt, ist gar nicht zu übersehen. Auf der einen Seite wird eine billigere Produktion mit billigeren Löhnen und erhöhter Arbeitszeit verlangt, auf der anderen Seite werden die Mieten verteuert. In der Diskussion betonte Genosse Ruben, daß für die Hinzuziehung der Laien auch für die höheren Instanzen der Gerichtsbarkeit verlangt müssen. Wenn wir uns mit einer internationalen Regelung des Mieterrechts beschäftigen, so haben wir zwei Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen: Einführung der Grundrechte des Mieters in das allgemeine Recht und die Erhaltung bzw. Erweiterung des Laiengerichts. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, die gegen jede Verschönerung des Mieterschutzgesetzes protestiert und in diesem Sinne einen Appell an die politischen Parteien richtet. Die Laienrichter verlangen Ausdehnung der Laienjustiz auf alle Wohnungswirtschaften, Hinzuziehung von Laien zu den Schiedsstellen. Es wird gefordert, daß der beabsichtigte Abbau der Mietminderungsämter und Wohnungsämter in Groß-Berlin unterbleibe. Im Interesse der Erhaltung von Altmwohnungen und Häusern wird der soziale Ausbau der Wohnungspolitik dringend gefordert.

Im Betrieb getötet.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich heute vormittag gegen 10 Uhr im Stahlwerk Heinrich Rothe in der Rorkestraße 2 in Charlottenburg. In der Schleifereiabteilung war der 32jährige Schleifer Paul Wendt an seiner Maschine mit dem Abschleifen von Eisenteilen beschäftigt. Plötzlich zerbrach aus bis-

notwendig. Es kann schon nicht anders als ein Stundal bezeichnet werden, wenn bei der höchst gefährlichen Kleinarbeit und den ungenügenden Beleuchtungsverhältnissen kein systematischer Sanitätsdienst für die Nachschicht bestand. Der Vertreter der Berliner Elektrizitätswerke L.-G. gab noch an, daß das Werk ständig unter Baukontrolle steht. Pflicht der Baukontrolle wäre es gewesen, für schleunigste Abstellung der betannten Schäden Sorge zu tragen. Es sind genug Arbeitsopfer gefallen. Der Kern des Unfalls liegt jedoch in dem ungeheuerlichen Antreibersystem, das im Kummelsburger Kraftwerkbau Prinzip ist. Nach der Darstellung des Unternehmers hat sich die Baupolizei den Kran „angesehen“. Angeblich soll ein gewerkschaftlicher Baukontrolleur eine Befichtigung vorgenommen haben. Als Kontrollinstanz fungierte die Polizei. Arbeiter geben an, daß man erst mehrere Minuten das durchdringende Schreien der Verunglückten und die erregten Stimmen der Arbeiter: „Sanitäter, Hilfe, Hilfe“ gehört habe. Erst nach einiger Zeit sei der Sanitäter gekommen, dem man daraus nicht den mindesten Vorwurf machen kann, da er keinen direkten Dienst versah und auf den einschlägigen Unfall natürlich nicht vorbereitet war. Eine Befichtigung der Sanitätsbaracke ergab übrigens, daß Verbands- und medizinisches Werkzeugmaterial in genügender Menge vorhanden war. Kurz nach Bekanntwerden der Katastrophe begaben sich Vertreter der einzelnen freien Gewerkschaften an die Unglücksstätte, um die ersten Nachforschungen vorzunehmen. In den Spätnachmittagsstunden des gestrigen Tages hatte sich eine Belegtagung der Arbeiter mit den untrügerischen Zuständen auf dem Bau beschäftigt (Seh- bis Schwelstündenschicht, Beleuchtungsmisere usw.) und entschieden Abhilfe gefordert.

Ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag.

Die fortgesetzten Unfälle auf dem Neubau des Großkraftwerkes Kummelsburg haben die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion veranlaßt, einen Dringlichkeitsantrag vorzubereiten, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Magistrat wird dringend ersucht, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die fortgesetzten schweren Bauunfälle beim Neubau des Großkraftwerkes Kummelsburg zu verhüten, insbesondere Vorkehrungen zu treffen, daß der Raubbau an der Arbeitskraft der dort beschäftigten Arbeitnehmer durch strikte Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit sofort aufhört, sowie daß die Schutzvorschriften und die sanitären Maßnahmen im Zusammenwirken aller zur Kontrolle bestellenden Faktoren schärfer als bisher durchgeführt werden.“

Der Antrag wird heute abend in der Sitzung der Stadtverordneten zur Beratung kommen.

her noch ungeklärten Ursachen die große Schmirgelscheibe. Die Scheibe flog umher und traf den Wendt an der Seite und im Gesicht. Schwer verletzt wurde der Verunglückte nach dem Roabiter Krankenhaus transportiert, wo er kurz nach der Einlieferung an den Folgen der schweren Verletzung verstarb. Eine Untersuchung des Voralles ist eingeleitet.

Feuer in Kummelsburg.

Gestern nacht, kurz nach 11 Uhr, wurden drei Löschzüge der Berliner und zwei Löschzüge der Lichtenberger Feuerwehr nach Kummelsburg alarmiert, wo am Treptower Park zwischen Bahnhof Treptow und Stralau-Kummelsburg auf Bahngelände mehrere große Schuppen in Flammen standen. Ein riesiger Feuerstein, der hunderte herbeilodete, hatte zu allerlei übertriebenen Gerüchten Anlaß gegeben. Hierauf ist auch der Alarm Großfeuer, auf den fünf Löschzüge an die Brandstelle eilten, zurückzuführen. Nach langer Tätigkeit gelang es dann, das Feuer zu löschen. Die Entstehungsursache ist bisher noch unbekannt.

Ein strecher Straßenaub wurde gestern nachmittag in Zehlendorf verübt. Gegen 5 Uhr stand ein 12 Jahre alter Schüler an der Ecke der Anhalter und Hornstraße mit seinem Fahrrad und sah Kindern zu, die sich dort auf dem Spielplatz tummelten. Da kam ein Mann heran, entriß plötzlich, ohne ein Wort zu sagen, dem Knaben das Rad aus der Hand, schwang sich hinauf und jagte davon. Die sofort aufgenommenen polizeilichen Ermittlungen hatten kein Ergebnis.

Das Totenschiff.

20 marokkanische Schwarzfahrer im Kohlenbunker erstickt.

Das „Petit Journal“ in Paris berichtet aus Marseille von einem grauenhaften Funde auf dem Passagierdampfer „Sidi Ferrud“, der von Algier gestern in Marseille eingetroffen ist. Im Kohlenbunker wurden die Leichen von zwanzig Marokkanern entdeckt. Ein Unternehmer hatte die Marokkaner dort untergebracht, um das Fahrgeud zu sparen. Er hatte unter dem Heizraum Höhlen gegraben, um die Marokkaner der Kontrolle zu entziehen. Die Kraber sind wahrscheinlich während der Fahrt erstickt. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden. Eine weitere Nachricht belegt, daß insgesamt 45 Marokkaner heimlich eingeschifft und in den Kohlenbunkern verstickt worden seien. Ueber das Schicksal der übrigen 25 Mann werde man erst am Ende der nächsten Reise des Schiffes Auskunft erhalten können, da es sich bei den Kohlenbunkern um mehrere hundert Tonnen handelt, die erst dann verbraucht sein würden. Die angeführten Untersuchungen hätten übrigens ergeben, daß in Algier eine Organisation für Freifahrten bestehe und daß diese Helfer an Bord des Dampfers gehabt hätte. Bisher sind vier Heizer verhaftet worden.

Ein Haus von einem Auto umgefahren.

Unglück eines Lastautos der Schokoladenfabrik Hildebrandt.

Wie das „Chemnitzer Tageblatt“ aus Waldheim berichtet, fuhr ein Lastauto der Berliner Schokoladenfirma Hildebrandt u. Sohn an einem steilen Bergabhang infolge Versagens der Bremse gegen ein Haus. Der Anprall war so stark, daß das Haus zum Teil einstürzte. Der Chauffeur wurde beim Zusammenstoß getötet, der Beifahrer schwer verletzt.

Die Pianofortefabrik Grottrian Steinway in Flammen.

Braunschweig, 29. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Pianofortefabrik von Grottrian-Steinway Raasdorf in Braunschweig steht seit Donnerstag morgen 7 Uhr in hellen Flammen. Aus dem Fabrikgrundstück schlugen haushohe, helle Flammen. Da die trockenen Holzvorräte nicht zu retten sind, dürfte das ganze Fabrikgrundstück abrennen. Etwa 500 Arbeiter werden dadurch arbeitslos. Die Feuerwehr ist seit Stunden bemüht, das Feuer einzudämmen, sie ist aber trotz aller Schlauchlagen nicht dazu imstande. Es dürfte kaum etwas von der großen Fabrik gerettet werden.

Beim Fußballspiel tödlich verfehlt. Am Sonntag spielte in Reinsburg der Fußballklub Reinsburg gegen Dfingen. An dem Spiel beteiligte sich der Weidenswärterssohn Josef Weidenswärters, der einen so furchtbaren Stoß gegen den Unterleib erhielt, daß er sofort umkam und mit einem Fuhrwerk heimgeführt werden mußte. Am Tage darauf verschied der erst Siebzehnjährige an inneren Verletzungen.

